Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 1/2 7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim. Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 23. Sonntag den 13. Januar 1901. 95. Jahrgang.

Aus der Woche.

Das politische Quantum der Woche war recht beträchtlich und der Parlamentarismus ist der einzige Lieferant gewesen. An einem Tage waren in Berlin nicht weniger als drei Parlamente versammelt. Der Reichstag trat in den Hintergrund. Das Gesetz über das Verlagsrecht interessirt zwar, da es auch die Presse berührt, alle Politiker, aber das große Publicum interessirt sich nicht für die Interessen der Politiker. Eine der umstrittensten Vorschriften des Gesetzes über die Verpflichtungen der Zeitungen zur Quellenangabe ist für Abgeordnete, in deren Wahlkreisen eine größere Zeitung nicht erscheint, besonders wichtig. Sie sind auf die kleinen Blätter angewiesen und diese wollen von der Neuerung nichts wissen. Charakteristisch für diese Bedeutung der Citirungsverpflichtung ist es, daß die Conservativen ihr am wenigsten hold sind. Sie sind nämlich am spärlichsten mit größeren Tagesorganen versehen. Aber auch anderen politischen Richtungen scheint die Rücksicht auf die befreundete und ihren Freunden in der Regel sehr bequeme Presse der kleineren Orte vielfach geboten und so werden wir es bei der Schlußberathung über das Gesetz voraussichtlich bestätigt finden, daß in Deutschland die großen Städte nicht tonangebend sind. Dies ist an sich erfreulich, die Ablehnung der Quellenangabe wäre dies aber nicht. Die Bezeichnung der Herkunft dient bei vielen Artikeln zur Orientirung des Publicums und die kleineren Zeitungen irren, wenn sie meinen, durch den Hinweis auf die Gewährsmänner ihr Ansehen herabzudrücken.

Die bisherigen Etatsverhandlungen des Reichstages und die einiger Initiativanträge haben, so einschneidend die Frage einer besseren Fürsorge für die Kriegsinvalidenversorgung auch ist, dem — durchweg miserabel besetzten — Reichstage die öffentliche Aufmerksamkeit nicht zu gewinnen vermocht. Der Schauplatz der Tagesheldenthaten war das preußische Abgeordnetenhaus und der Held natürlich Graf Bülow. Der Eindruck, den sein Debut als Ministerpräsident auf die Parteien gemacht, ließ sich zunächst schwer feststellen. Die durch die gar nicht canalconflictstilisterne Thronrede schwer betroffene Linke fühlte sich durch die warme Empfehlung der angekündigten Wasserwirthschaftsvorlage, die der neue Regierungschef sich in seiner Rede anerkennen sein ließ, ein wenig ermuthigt, gleichzeitig aber abgestoßen von den guten Worten, die er den Agrariern gab, insbesondere von den Andeutungen über den Zollschutz für die Landwirthschaft. Die Rechte hätte für ihren Theil lieber gesehen, wenn Graf Bülow seine Zusage eines — wie sie mit Anderen gehört hatte — „gesteigerten" Zollschutzes isolirt und nicht im Zusammenhang mit der Befürwortung des Mittellandcanales abgegeben hätte. Die „Kreuzztg." zeigte sich kühl und die „Deutsche Tagesztg." schroff ablehnend. Dieses Organ des Bundes der Landwirthe glaubte sich dahin resumiren zu dürfen: „So hat denn die Rede des Grafen Bülow hinsichtlich der Canalvorlage die Sachlage nicht verändert." Es kommt aber immer anders. Der Reichskanzler war mißverstanden worden, er hatte den Herren das Zugeständniß „gesteigerten" Zollschutzes gar nicht gemacht, sondern vom „gesicherten" Zollschutz gesprochen. Und jetzt, wo man weiß, daß er viel weniger verbeißen haben soll, als zuerst geglaubt worden, ist die „Deutsche Tageszeitung" viel umgänglicher, als nach der vermeintlichen schönen Zusage. Das Blatt setzt zwar noch einmal die Bedeutung der nicht gemachten Steigerungszusage herab — „auf die Höhe kommt es uns an" — und es meint, das Wort von dem „gesicherten" Zollschutz habe eigentlich keinen Sinn. Hierauf wird das „Gerede", daß man Canalvorlage und Getreidezölle zu einem „Gegenstande des Schachers" machen wolle, als „unsinnig" abgethan. Dann aber kommt es, wenn auch ebenfalls noch unter einigen Drehungen und Wendungen:

„Wir stellen gwar nicht in Abrede, daß durch eine befriedigende Regelung der Zollfrage einige allgemeine Bedenken der Landwirthschaft gegen die frühere Canalvorlage in etwas gemildert oder beseitigt werden; aber die Bedenken im Einzelnen, die finanziellen und die technischen, bleiben ebenso bestehen, wie ein großer Theil der wirthschaftspolitischen Bedenken dadurch nicht berührt wird. Es liegen sonach die nothwendigen Vorbedingungen eines Handelsgeschäfts gar nicht vor. Wir würden uns aber auch dann nicht darauf einlassen, wenn die Sache sich anders verhielte. Wir sind entschlossen, jede der beiden Vorlagen für sich zu prüfen, und zwar rein sachlich und ohne Rücksichtnahme auf Dinge und Vorlagen, die nicht in unmittelbarem Zusammenhange damit stehen. Werden unsere Bedenken gegen die Canalvorlage nicht gehoben, so werden wir sie auch dann bekämpfen, wenn unsere Wünsche bezüglich der Zölle vollkommen erfüllt werden. Werden unsere Bedenken aber wesentlich gemildert, so würde die Entschließung, für die Canalvorlage zu stimmen, allerdings durch eine verständige Regelung des Zolltarifs wesentlich erleichtert werden. Das ist aber kein Kuhhandel, sondern etwas rein Selbstverständliches."

Also, haben wir canalem, denn die Bedenken werden gehoben werden und nicht zum Wenigsten durch den Getreidezoll. Freilich bleibt erst recht bestehen, was wir kürzlich andeuteten, daß nämlich in Bezug auf die Reihenfolge der Inangriffnahme der verschiedenen Partien der „wasserwirthschaftlichen Vorlage", jedenfalls hinsichtlich des Tempos der Vollendung für den Rhein-Elbe-Canal, die Aussichten nicht gerade glänzend sind. Graf Bülow hat sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß man in diesen beiden Puncten, aber wenigstens in dem zweiten der beiden Puncte, mit sich reden lassen werde, und an der, wenn auch verclausulirten Zustimmung der „Deutschen Tageszeitung" hat die Erwartung, daß es von den Wasserbauplänen schließlich heißen werde, „die letzten werden die ersten sein, die ersten aber die letzten", mindestens so viel Antheil, wie die — ohnehin nicht neugeborene — Zuversicht einer Getreidezollerhöhung.

Wenn die Conservativen bei der Opposition gegen den Canal verharren wollten, so würde ihnen auch der trotz aller günstigen Erwartungen noch überraschend glänzende preußische Etat ihre früheren „finanziellen Bedenken" nicht benommen haben. Sie würden dann eben den ausgezeichneten Stand der Staatsfinanzen nicht anerkannt, jedenfalls nicht so herausgestrichen haben, wie es z. B. die „Kreuzztg." that, ein Blatt, dem man bei aller Gegnerschaft nachrühmen muß, daß es für die Aufgaben Preußens als des führenden Staates in einem Bundesgebiete Verständniß besitzt. So angesehen, verblaßt der Goldglanz auch des preußischen Schatzes ein wenig. Isolirt betrachtet, ist Preußen zur Zeit wirklich ein Krösus, und da es in puncto „Culturaufgaben" die Welt nicht verwöhnt hat, möchte man, in Anbetracht der erstaunlich bedeutenden Positionen, die es für Wissenschaft, Kunst, Schule, aber auch für alle anderen Ressorts in den Etat eingesetzt hat, sich beinahe versucht fühlen, Herrn v. Miquel als einen kleinen Midas anzusprechen. In Wahrheit ist der preußische Finanzminister aber niemals der kleinliche Plusmacher und Knauser gewesen, für den ihn der in seinen eignen Augen unfehlbare Eugen Richter ausgab. Er war nur ein guter Rechner und jetzt erntet er die Früchte seiner Vorsicht: es sollen nach seinem Etat unglaublich viel außerordentliche Ausgaben aus ordentlichen Einnahmen gedeckt werden, selbst die ersten Anforderungen der wasserwirthschaftlichen Vorlage. Daß Herr v. Miquel mehr als ein preußischer Fiscalist ist, hat er auch in seiner Etatsrede in einer für uns besonders interessanten Weise bekundet. Preußen, so meinte der Minister, könnte auf Ueberweisungen vom Reiche verzichten, wohl auch noch für Reichsdarlehnsfälle zuschießen, aber andere Bundesstaaten seien nicht in dieser glücklichen Lage und deshalb werde der Versuch, einen erhöhten Ausgabebedarf des Reichs auf die Einzelstaaten abzuwälzen, dem einmüthigen Widerstande der Bundesregierungen begegnen. Das ist der Mann, den zu stürzen preußische Linke, und leider auch manche preußische Mittelliberale in der vergangenen Woche sich weiter große Mühe gegeben haben.

Briefe von Friedrich Engels.

△ Der französische Socialist Lafargue hat den regierenden deutschen Genossen einen schlimmen Streich gespielt. Er veröffentlicht im „Socialiste" Briefe von Friedrich Engels, die an höchster socialdemokratischer Stelle höchst unangenehm empfunden werden. Sie der Masse vorzuenthalten, geht nicht an, der „Vorwärts" sucht daher den sehr klaren Inhalt, wo er besonders unbequem ist, in sein Gegentheil zu verkehren. Das Beginnen scheitert aber kläglich an den Unzweideutigkeiten, deren Engels sich im Ausdrucke befleißigt.

Das erste Schreiben ist ein wahrer „Hunnenbrief". Engels äußert sich höchst beifällig über die Trennung von Basly und Anderen von den Radicalen, welcher Schritt seinen Ausgangspunct von der Ernennung des Werftdirectors Wattrin in Decazeville durch Streckente nahm. Die Radicalen waren mit dieser Befreiungsthat nicht recht einverstanden und Engels schreibt über sie:

„Kurz, ich habe gesehen, daß das Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo (wenn ich die Götter nicht beugen kann, werde ich die Unterwelt in Bewegung setzen) nicht ihre (der Radikalen) Sache ist . . Sie haben Furcht vor dem proletarischen Acheron . . .

Ich habe Z . . . gesagt: So lange die Radikalen sich, wie bei den Stichwahlen, durch das Geschrei erschrecken lassen: „Die Republik ist in Gefahr", so lange werden sie nur die Diener der Opportunisten sein und ihnen die Kastanien aus dem Feuer holen. Aber gebt jedem Arbeiter eine Flinte und fünfzig Patronen, und die Republik wird nie mehr in Gefahr sein!"

Engels redet also der ordnungsmäßigen Bewaffnung des Acheron das Wort, da es in Decazeville nur für einen Bourgeois „reichte". Wenn hier Engels die Propaganda der That, wo sie praktisch geworden, billigt, so versäumt er auch nicht, sich theoretisch zu ihr zu bekennen. Und er zeigt sich tief unglücklich, als er einmal Gefahr läuft, in dieser Hinsicht verkannt zu werden. So schreibt er in einem Brief, der im „Vorwärts" die Ueberschrift trägt „Engels über die revolutionären Mittel", folgendermaßen:

„X . . hat mir einen hübschen Streich gespielt. Er hat aus meiner Einleitung zu den Artikeln von Marx über Frankreich von 1848—1850 alles das entnommen, was ihm dazu dienen kann, die um jeden Preis friedliche und antigewaltthätige Taktik zu stützen, die zu predigen ihm seit etlicher Zeit beliebt, zumal in diesem Augenblick, wo man in Berlin Zwangsgesetze vorbereitet. Aber diese Taktik predige ich nur für das Deutschland von heute, und das obendrein noch unter allem Vorbehalt. In Frankreich, Belgien, Italien, Oesterreich kann diese Taktik in ihrer Gesammtheit nicht befolgt werden, und für Deutschland kann sie morgen schon undurchführbar werden."

Dieser Brief ist jungen Datums, erst aus dem Jahre 1895, ein Umstand, der seine Veröffentlichung der deutschen socialdemokratischen Parteileitung um so fataler gestaltet. Der „Vorwärts" geht deshalb auch noch gewaltthätiger vor, als Herr X . . ., er dreht, wie man zu sagen pflegt, dem sonst als Evangelisten der Partei angebeteten Engels das Wort im Munde herum. Nach dem socialdemokratischen Centralorgan will Engels „offenbar nur die in der deutschen Socialdemokratie seit jeher feststehende Ansicht wiederholen, daß die Wahl unserer Mittel lediglich von den Gegnern abhänge." Nein, das will Engels „offenbar" nicht, jene Ansicht ist auch nicht von „jeher" die der deutschen Socialdemokratie, und wenn sie heute bei ihr „fest" steht, so ist sie nicht in der Socialdemokratie fundamentirt, sondern in Verhältnissen, die die revolutionäre Partei nicht zu ändern vermochte und vermag. Engels verwirft die „friedliche und antigewaltige Taktik" für das gesammte nicht russische Festland, mit Ausnahme von Deutschland, ganz vorbehaltlos und für Deutschland nur, weil er hier einen unbesieglichen Widerstand gegen die socialrevolutionäre Gewalt befürchtet, aber auch hier nur „unter allem Vorbehalt" und von heute auf morgen. Und aus diesem augenbeizend hellen Angriffsprogramm will der „Vorwärts" ein Defensiv-Programm machen, indem er sagt, Engels habe vor „Sorglosigkeit" warnen wollen; er habe im Auge gehabt, „daß die Bourgeoisie überall in dem Gedanken des Staatsstreiches und der blutigen Gewalt gegenüber der socialistischen Bewegung lebt und webt." Davon sagt Engels kein Wort, wie er auch ehrlich genug ist, sich nicht den Anschein zu geben, als glaube er, in Decazeville sei es der Bergwerksdirector Wattrin gewesen, der mit Gewaltthätigkeiten begonnen. Der „Vorwärts" hofft selbst nicht, mit der „Erläuterung" Glück zu machen, als ob Engels etwas Anderes als die sofortige blutige Initiative für Frankreich, Belgien, Italien, ja sogar für Oesterreich und für Deutschland die Bereitstellung für eine jeden Augenblick zu ergreifende blutige Initiative habe predigen wollen. Er verweist darum auf eine vom letzten „internationalen Congreß" zu Paris angenommene Resolution, die übrigens nicht einmal die organisirte Gewalt, sondern nur den „bloßen Handstreich" als untaugliches Mittel, zur Macht zu gelangen, verwirft. Jener Congreß war bekanntlich eine Farce, der sich die meisten „Genossen" geschämt haben.

Auf eine geradezu belustigende Weise übt das Organ der deutschen socialdemokratischen Parteileitung seine Umkehrungskünste an einem Urtheil Engels' über die „Jungen und die Akademiker", datirt aus dem Jahre 1890. Die Ueberschrift bleibt, aber die Akademiker exclamatirt der „Vorwärts" gänzlich. Engels hatte geschrieben:

„Seit zwei oder drei Jahren hat sich eine Menge Studenten, Litteraten und andere junge declassirte Bourgeois in die Partei geführt und ist gerade zur rechten Zeit gekommen, um die meisten der Redactionsplätze in den neuen Zeitungen einzunehmen, welche wie Pilze aus der Erde schießen. Ihrer Gewohnheit entsprechend, betrachten sie die Bourgeois-Universität als ein socialistisches Saint-Cyr, das ihnen das Recht verleiht, in die Reihen der Partei mit dem Patent als Officier, wenn nicht als General einzutreten. Diese Herren machen alle in Marxismus, aber von der Sorte, den Ihr in Frankreich vor zehn Jahren gekannt habt und von dem Marx sagte: „Alles, was ich weiß, ist, daß ich nicht Marxist bin." Und wahrscheinlich würde er von diesen Herren sagen, was Heine von seinen Nachahmern sagte: „Ich habe Drachen gesäet und habe Flöhe geerntet. Diese guten Leute, deren Impotenz nur von ihrer Anmaßung erreicht wird . . ."

Dazu der „Vorwärts":

„Einer Erläuterung bedarf noch der, inhaltlich unserer Erinnerung nach längst bekannte Brief gegen die Jungen. Hier wendet sich Engels gegen jene deutschen Ueber- und Scheinradicalen, die in mißverstandenem Marxismus und dogmatischen Fanatismus jede praktische Gegenwartsarbeit als einen Verrath am Princip bekämpften. Den Mitgliedern dieser „Literatenrevolution" war nicht nur jede praktische politische Thätigkeit, sondern überhaupt jede Thätigkeit ein Graus."

Man sieht, das Centralorgan steckt hier für eine große Anzahl von Akademikern, die heute in der Partei eine Rolle spielen, zum Theil auch noch Redactionssitze einnehmen, den Kopf in den Sand. Gerade die, welche er als die von Engels angeblich allein Gemeinten so liebevoll charakterisirt, die „Jungen" und insbesondere ihre Führer Wildberger und Werner, sind nicht von einer Bourgeois-Universität und nicht einmal aus einem Bourgeois-Gymnasium gekommen.

Die Wirren in China.

Prinz Tschun.

der Bruder des Kaisers, besuchte am Donnerstag den deutschen Gesandten, Dr. Mumm von Schwarzenstein. Prinz Tschun begiebt sich nach Berlin, um die Entschuldigungen wegen der Ermordung Ketteler's vorzubringen. Nach den in Peking herrschenden Begriffen ist der Besuch ein ganz ungewöhnliches Ereigniß. Zum ersten Male geschah es, daß ein so naher Verwandter des Kaisers den Vertreter einer europäischen Macht besucht hat. Prinz Tschun ähnelt, wie dem „Berl. Loc.-Anz." aus Peking berichtet wird, seinem kaiserlichen Bruder sehr, nur ist er etwas stärker und sieht gesünder aus. Seine Züge haben etwas sehr Sympathisches und verrathen eine gewisse Intelligenz. Der Besuch bei Dr. von Mumm währte zwanzig Minuten; die Unterredung, bei der der Legationsrath von der Goltz und Dr. Krebs als Dolmetscher fungirten, fand im Arbeitszimmer des Gesandten statt.

Die ersten Feldpostanweisungen

an die mobilen Truppen in China — 169 Stück im Gesammtbetrage von rund 5500 ℳ — sind, wie die „D. Verk. Ztg." mittheilt, der am 9. Januar von Neapel abgegangenen China-Post zugeführt worden. Mit dem am 9. Januar von Hamburg abgefahrenen Reichspostdampfer erhalten 1558 Feldpostpackete und 134 Feldpostbriefe mit Werthangabe Beförderung. Die für die Briefsendungen der mobilen Truppen gewährte Portofreiheit wird vielfach mißbräuchlich für Sendungen in Anspruch genommen, die augenscheinlich anderen Zwecken, als denen des Austausches von Nachrichten u. s. w. dienen. So sind bei einer deutschen Postanstalt in Ostasien von einem Absender an denselben Empfänger gleichzeitig über 40 Briefsendungen als Feldpostbriefe aufgeliefert worden. In dieser Beziehung sei daran erinnert, daß die Feldpostbriefe von den Mannschaften der mobilen Truppentheile bestimmungsmäßig mit dem Soldatenbriefstempel bedruckt sein müssen, und daß von dem Erfordernisse dieses Stempelabdrucks nur abgesehen werden soll, wenn erschwerende Verhältnisse vorliegen und über die Berechtigung des Absenders kein Zweifel besteht. Allgemein erstreckt sich die Portofreiheit nicht auf Sendungen, welche rein gewerblichen Interessen des Absenders oder des Empfängers zu dienen bestimmt sind.

Die „Moskowskije Wjedomosti" veröffentlichen jetzt folgende Darstellung des bereits mehrfach erwähnten

Massenmordes der Chinesen von Blagowetschtschensk

zu Beginn der Feindseligkeiten am Amur: „Beim Anrücken der chinesischen Banden auf die Stadt mußten die Chinesen aus derselben entfernt werden, weil man annehmen mußte, daß sie mit ihren Stammesbrüdern gemeinsame Sache machen würden. Der Stadt drohte eine große Gefahr. Den Chinesen wurde befohlen, durch den Fluß auf die chinesische Seite zu schwimmen. Die Chinesen gehorchten ohne Widerrede. Es konnte auch nicht gefährlich sein, durch den Fluß zu schwimmen, weil die betreffende Stelle eine Furth war und die Chinesen sie kannten. (Dazu bemerkt der Petersburger „Herold": Die Furth war wohl zu beiden Seiten des Ufers flach, hatte jedoch in der Mitte in einer Breite von 20 bis 25 Fuß mehr als Manneshöhe Tiefe. Red.) Als die Chinesen sich in der Mitte des Flusses befanden, fingen ihre Landsleute am jenseitigen Ufer an, auf sie zu schießen. Warum, ist unerklärlich. Wahrscheinlich befürchteten die kriegerischen Banden den Seiten ihrer Landsleute Gefahr. Die Schwimmenden, erschrocken durch die Gewehrsalven, kehrten nach dem russischen Ufer des Flusses zurück, aber die Kosaken ließen sie nicht ans Land kommen. Sie mußten wieder nach dem chinesischen Ufer schwimmen. Wieder wurde auf sie geschossen. Eine unbeschreibliche Verwirrung entstand unter den Schwimmenden. In der Verwirrung und dem Gedränge sank die Mehrzahl der Unglücklichen unter; nur zwei- bis dreihundert Personen gelang es, das Ufer zu erreichen. Wie viel Chinesen ertrunken sind, läßt sich nicht feststellen, es werden mehr als 500 und weniger als 1000 Personen sein."

* **London**, 12. Januar. (Tel.) Marquis Salisbury soll, wie „Daily Chronicle" an vertrauenswürdiger Stelle hört, sich damit einverstanden erklärt haben, die Bahnlinie von Niutschwang nach Schanhaikwan an Rußland abzutreten. Die Bahn solle der englischen Gesellschaft nicht länger gehören und auch nicht mehr von dieser betrieben werden.

* **London**, 12. Januar. (Tel.) „Daily Mail" erfährt aus Petersburg unter dem gestrigen Tage, die Mission des Fürsten Uchtomsky in Peking habe sich auf folgende Puncte eines Specialabkommens bezogen: Rußland verzichtet auf eine Entschädigung, verlangt dafür aber Verpachtung der Halbinsel Liaotung mit Port Arthur auf unbestimmte Zeit. Ferner soll die mandschurische Eisenbahn in den Besitz der russischen Regierung übergehen.

* **New York**, 11. Januar. (Tel.) Eine hier eingetroffene Depesche aus Peking vom 10. Januar besagt: Tsching erhielt ein Telegramm vom kaiserlichen Hof, in welchem gegen den Artikel 2 der Note Einspruch erhoben wird, da hierin die Bestrafung einer größeren Anzahl von Personen verlangt wird, als die, welche in dem kaiserlichen Decret vom letzten September erwähnt waren. Tsching erwiderte hierauf, daß die Note zuerst unterzeichnet werden müsse und man später erst über die einzelnen Puncte discutiren könne, da die Gesandten sich weigern, Einwänden Gehör zu schenken, bis sie eine definitive Antwort erhalten haben. — Die Deutschen wollen zu Ehren des Prinzen Chun, des Bruders des Kaisers, der sich jetzt in Peking befindet, eine Truppenschau abhalten. Chun erklärt, er sei kein officieller Vertreter des Hofes, aber er wisse, daß sein Bruder gesonnen sei, nach Peking zurückzukehren. Chun erklärte weiter, die in Frage stehende Angelegenheit müsse auch vom chinesischen Gesichtspuncte aus betrachtet werden, doch schienen das die Fremden nicht zu thun. China erhebe Einwände gegen die verlangten beständigen Gesandtschaftswachen und wolle diese nur als eine zeitweilige Maßregel zulassen, weil sie nicht nothwendig seien. Die Boxerbewegung sei eine rein patriotische Bewegung. Die übrigen Nationen hätten viele Jahrhunderte Handelsprivilegien erbeten und seien, nachdem sie diese erlangt hätten, durch den infolgedessen erzielten Gewinn reich geworden. Sie hätten China unvortheilhafte Verträge aufgezwungen unter der Drohung im Weigerungsfalle die besten Theile des Landes wegzunehmen. Das chinesische Volk sei nach und nach durch den Verlust von Weihaiwei, Port Arthur und anderer Gebiete in Aufregung versetzt worden. Bei allen orientalischen Völkern könnten ähnliche Aufstände von Zeit zu Zeit vorkommen. Die Chinesen hätten nichts Schlimmeres gethan als die Franzosen während der großen Revolution. Die Chinesen seien das friedlichste Volk der Erde, ähnliche Wirren, wie die letzten würden wahrscheinlich Jahrhunderte lang nicht wiederkehren. Chun sagte schließlich, er glaube, daß der Kaiser den Fremden freundlich gesinnt sei, die Kaiserin habe keine unbeschränkte Macht, wenn sie auch natürlicherweise einflußreich sei.

Der Krieg in Südafrika.

Englands Reconvalescenz.

Daß England krank, nicht blos an socialen Gebrechen, veralteten politischen Einrichtungen und plutokratischen Geschwüren leidet, darüber ist nicht allein die Mehrheit der Denker, Politiker und Sociologen der ganzen civilisirten Welt einig, sondern das fängt auch eine immer mehr anwachsende Minderheit des englischen Volkes an einzusehen, wenn auch ihrer Wenige den Muth haben, es überhaupt und besonders öffentlich zuzugestehen. Einer der wenigen Männer, die diesen Muth besitzen, ist das Parlamentsmitglied Labouchere, der im Parlament und öffentlichen Versammlungen sowohl, als auch in seiner Wochenschrift „Truth" seit jeher, besonders aber seit der Jameson-Raid und während des Krieges um Südafrika unerschrocken und rücksichtslos die Schäden und Gebrechen aufdeckt, an denen das britische Weltreich, sein Heer, seine Flotte, sein Parlament, seine politischen und wirthschaftlichen Einrichtungen, seine gesellschaftlichen Zustände, seine Moral, kurz: Alles leidet, was sich öffentlicher Besprechung unterziehen läßt. Labouchere's Ansicht nach — und sie wird von Tausenden Engländern, wie von Hunderttausenden Ausländern getheilt — sind die zahlreichen Gebreste Englands auf eine Hauptkrankheit, auf einen organischen Fehler zurückzuführen, deren Entstehung wohl schon lange zurückdatirt, deren verhängnißvolle Folgen jedoch erst vor Kürzem acut zum Vorschein gekommen sind. Diese Krankheit ist der britische Weltbeherrschungswahn, genannt „Imperialismus Chamberlainicus".

In der neuesten, am 10. Januar erschienenen Nummer seiner